

STADTTEIL-KURIER

ZEITUNG FÜR MITTE · ÖSTLICHE VORSTADT · HASTEDT

MONTAG, 18. DEZEMBER 2017 | NR. 294 | MITTE

SPD-Ortsverein schaltet sich ein

Ruf nach bezahlbarem Wohnraum

VON MONIKA FELSING

Mitte. Mitten drin wohnen – das ist ein Wunsch, der Senioren, Studierende und Berufseinsteiger eint. Auch Familien und Alleinerziehende können sich eine Wohnung im Herzen der Stadt oder im vorderen Viertel kaum mehr leisten. Der SPD-Ortsverein Bremen Altstadt-Mitte nimmt sich das alte Problem angesichts der Diskussionen über die Innenstadtentwicklung vor und fordert den Senat auf, in der Altstadt, dem Ostertor und der Bahnhofsvorstadt einen „Stadtteil für alle“ zu schaffen.

2016 seien die Immobilienpreise für Wohnraum in Bremen um bis zu 15 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen, schreiben die Sozialdemokraten. Das Niveau der Kaltmieten im Zentrum habe mit bis zu 13 Euro pro Quadratmeter einen neuen Rekordstand erreicht. Eine Familie mit zwei Kindern zahle für eine Drei- bis Vier-Zimmer-Wohnung mehr als 1000 Euro Kaltmiete.

„Viele junge, eigentlich gut verdienende Menschen verlassen Bremen, weil sie sich hier keine Wohnung mehr leisten können oder wollen“, schreibt die 28-jährige Ann-Kathrin Jung vom SPD Ortsverein an die Adresse des grünen Bausenators und der grünen Finanzsenatorin. „Wir verlieren damit auch wichtige Steuerzahler. Wir müssen gerade in den Bereichen Innenstadt und Ostertor mehr bezahlbaren Wohnraum auch für Familien schaffen.“ Neue, exklusive Wohnprojekte verdrängten gerade junge Familien. „Gewinner dieser Entwicklung sind vor allem Investoren wie die Hamburger Gesellschaft EVOR-EAL, die jetzt auf dem ehemaligen Bundesbank-Gelände bauen will.“

Auch Seniorinnen und Senioren fänden keine bezahlbare barrierefreie Wohnung. Thomas Butenhoff (38), Stadtentwickler und Mitglied der SPD-Arbeitsgemeinschaft für soziale Stadtentwicklung, sieht da einen hohen Bedarf in Bremen-Mitte. Der Ortsverein fordert, dass bei der Planung von zukünftigen Wohnprojekten auf die Bedürfnisse aller Bremer Bürgerinnen und Bürger eingegangen wird. Die Ortsteile Ostertor, Bahnhofsvorstadt und Altstadt müssten auch für Familien, ältere Menschen und Studenten eine Perspektive bieten. Etwa, indem nicht nur 25 Prozent des neuen Wohnraums gefördert würden, sondern 30 Prozent, wie in München und Hamburg. „Die beste Möglichkeit, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und die Mietpreissteigerungen zu begrenzen, wäre eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft, die ihren sozialen Auftrag ernst nimmt“, folgern die Sozialdemokraten aus der Altstadt und dem Viertel. „Der Senat muss den Kauf der Brebau unter Dach und Fach bringen.“